



AfD-Fraktion im Kreistag Freudenstadt

An: Landrat Dr. Rückert, Vorsitzender Kreistag des Kreises Freudenstadt

Antrag zur Windkraft für die Kreistagssitzung am 20.07.2020

Der Kreistag möge beschließen:

Wir unterstützen die Kommunen in der eigenständigen Entscheidung bezüglich der Errichtung von zusätzlichen Windkraftanlagen auf ihrer Gemarkung. Die Kreisverwaltung wird keine Maßnahmen unternehmen oder unterstützen, die der Planungshoheit Entscheidungssouveränität vor Ort entgegen steht. Sie wird selber nicht pro Windkraftanlagen tätig werden und Verwaltungsgemeinschaften und den Regionalverband auffordern, sich ebenso zu verhalten.

Aktueller Anlass: Der Druck des Regionalverbands und der Verwaltungsgemeinschaften auf die Gemeinden z. B. Seewald, Flächen für die Errichtung wirtschaftlich fragwürdiger Windkraftanlagen auszuweisen und die Gutachten auch noch selbst zu bezahlen.

- Begründung:**
1. Im Nachhaltigkeitskonzept des Landkreises sollen Naturschutz und Artenschutz eine wesentliche Rolle spielen. In Gebieten in Norddeutschland in denen eine große Anzahl von Windkraftanlagen steht, sind einzelne Vogelarten und auch Fledermausarten bereits vom Aussterben bedroht.
 2. Der Schwarzwald zieht seinen Wert für die Gesamtbevölkerung im Land in einem nicht unerheblichen Maß aus der Erholungsfunktion, welche über das Hotel- und Gaststättengewerbe auch ein wichtiger Wirtschaftszweig ist. Ein durch weit sichtbare Industrieinstallationen entstellter Schwarzwald wird beträchtlich an dieser Funktion einbüßen.
 3. Der für die Projektierung herangezogene Windatlas von 2019 ist in der Diskussion und seine Verwendbarkeit fragwürdig. Es gibt fundierte plausible Alternativberechnungen, die nahe legen diesen Windatlas zurückzuziehen. Mögliche Erträge wurden auf nicht nachvollziehbare Weise um 20 – 25 % hochgerechnet. Die in den letzten Jahren errichteten Windkraftanlagen haben im Betrieb meist gerade mal 60% der projektierten Erträge erbracht. Aus diesem Grund arbeiten etliche Anlagen und Anlagenparks mit Verlusten.

4. Der Klimaschutzpläne der Bundes- und Landesregierung sind unzureichend und zum Teil widersprüchlich. Die von verschiedenen Ministerien berechneten Strombedarfszahlen divergieren erheblich.

Durch die Divergenz zwischen Verfügbarkeit von Solar- und Windenergie und dem Energiebedarf, ist das Vorhalten anderer Kraftwerke nötig. Bei einem hohen Anteil an Wind- und Solarenergie muss so nahezu die halbe Kapazität brach liegen. Dies wird dauerhaft zu Strompreisen weit über denen der Nachbarländer führen. Eine schwere Hypothek für unsere Wirtschaft, die im Moment auch ohnehin genug unter Druck steht. Dieses Problem löst sich erst, wenn die unregelmäßig anfallenden Stromerträge gespeichert werden können. Wenn dies aber möglich sein wird, dann reicht die weit umweltverträglichere Solarenergie aus. Für diese können noch nicht genutzte Dachflächen genutzt werden. Die Solarenergie hat im Gegensatz zur Windkraft, in Süddeutschland gegenüber den Küstenländern einen eindeutigen Standortvorteil. Es ist daher logisch bei uns diese Form der regenerativen Energie weiter auszubauen und über ein entsprechend ertüchtigtes Stromnetz im windarmen Sommer dann auch Energie an nördliche Bundesländer zu exportieren.

Die Strategie unabhängig von Standortbedingungen überall alles haben zu wollen ist nicht umweltfreundlich und nachhaltig, sondern eine komplette Negierung des Umwelt- und Nachhaltigkeitsgedankens.

5. Die Gesamtumweltbilanz der geplanten Energiearten ist völlig unzureichend erfolgt. So werden Förder- und Entsorgungsemissionen einzelner benötigter Rohstoffe oder Anlagen völlig unberücksichtigt gelassen, was vom Nachhaltigkeitsgedanken her nicht akzeptabel ist.

6. Der Klimawandel lässt sich nicht aufhalten, solange wegen bei konstant hohem Bevölkerungswachstum und gleichzeitigem Bestreben nach sozialen Verbesserungen auch im globalen Süden ein hohes Wirtschaftswachstum zwingend ist. Will man hier die UNO-Ziele erreichen so muss sich die Weltwirtschaftsleistung in den nächsten 30 Jahren verdoppeln.

Hierbei sollen auch die Tourismus- und Verkehrsbranche eine große Rolle spielen. Auch dies ist mit weiter wachsenden Emissionen verbunden. Es ist unrealistisch zu behaupten die Erreichung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungsziele könnte im derzeitigen Weltwirtschaftssystem bei gleichzeitigem Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger möglich sein. Dutzende von Volkswirtschaften sind im Moment völlig vom Export von Energierohstoffen abhängig. Für diese müssten erst Ersatzbranchen aufgebaut werden.

7. Seit 2015 der Verabschiedung des Klimaabkommens von Paris gab es die 3 der 5 höchsten Zunahmen an CO₂ in der Atmosphäre (2015, 2016 und 2018). **So wird es weitergehen, ob wir nun unsere Landschaft und Fauna zerstören oder nicht.**

Durch den sogenannten Klimaschutz wurde und wird die Zunahme des zweitwichtigsten Treibhausgases in der Atmosphäre Methan sogar beschleunigt so dass der Anteil von CO₂ am anthropogenen Treibhaus-

effekt von 80% auf 66% gesunken ist. Maßnahmen gegen diese anderen Treibhausgase enthalten die Klimaschutzpläne bis jetzt aber nicht. Konkrete Maßnahmen zur Bewältigung der ökonomischen Folgen gibt es dort auch nicht. Das Abkommen ist daher unseriös.

Wir wollen unsere Heimat nicht für Hirngespinnste opfern. Der Klimawandel wird kommen und wir müssen unsere Ökosysteme in Takt und so robust wie möglich erhalten, damit sie den Wandel ohne Zusammenbruch bewältigen können. Völlig unsinnig ist es dafür die Wirtschaftsstruktur, den sozialen Frieden und erreichbare Nachhaltigkeitsziele (Artenschutz, Bodenschutz, Müllvermeidung) zu opfern.

Stimmen Sie für eine Kehrtwende zur Vernunft!

Horb, den.16.06.2020

AfD-Fraktion im Kreistag Freudenstadt

Richard Koch
Michael Franke
Dr. Uwe Hellstern